

## Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de)

Email: [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)



Rundmail

18. Mai 2010

## Mobilisierung zum 12. Juni in Berlin und Stuttgart

1. **Wir müssen uns gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren**
2. **Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart und Petition Finanztransaktionssteuer**
3. **500 statt 359 Euro Eckregelsatz / 80 Euro mehr notwendig, alleine für gesunde Ernährung**
4. **Jobcenter-Reform**
5. **Bürgerarbeit**
6. **Nächstes bundesweites Treffen am 19. Juni in Göttingen**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dieser Email bekommt Ihr als Anhang das Protokoll des bundesweiten Treffens des ABSP vom 24. April in Aschersleben.

### 1. **Wir müssen uns gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren**

Nach Hunderte Milliarden schweren "Rettungspaketen" der Staaten für die Banken aus den Jahren 2008/2009, die inzwischen in satte Profite der "geretteten" Banken umgeschlagen sind, müssen jetzt die bei den selben Banken durch die "Rettung" hoch verschuldeten Staaten zur Rettung ihrer kreditgebenden Banken auf unserem Rücken saniert werden. Es gilt unter anderem die Profite der deutschen Banken aus der griechischen Bevölkerung herauszupressen, dafür müssen die "Griechen" selbst zu Schuldigen erklärt werden. Seit der Wahl in NRW tönt es aus allen Medien und Politikrohren, dass kräftige "Sparprogramme" in allen Ländern durchgesetzt werden sollen. Die Beschlüsse dazu auf europäischer Ebene erfolgten genau einen Tag nach der Wahl in NRW. Für Deutschland wird bereits eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25% ins Spiel gebracht. So ist es eben: die Bevölkerung soll für die Krise und ihre Profite bluten! Näheres dazu unter <http://www.buendnis31januar.de>.

Seit Beginn der Krise hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich noch vergrößert. Z.B. hat das private Geldvermögen in Deutschland im Jahr 2009 Rekordhöhe erreicht: 4,6 Billionen Euro! **Die Sozialproteste kämpfen für höhere Mindesteinkommen für alle Menschen, egal ob mit oder ohne Arbeit, und das weltweit.** Der Kapitalismus, vor allem in der Krise, erzeugt ein Überangebot an Arbeitskräften, Waren und auch an Geld. **Höhere Abgaben von Reichen und Unternehmen sind einer der wichtigsten Wege zur Konsolidierung von Staatsfinanzen.** Strukturmaßnahmen des IWF aber, die vor allem die deutsche Bundeskanzlerin als Bedingung für Kredite fordert, sind das ganze Gegenteil, drücken die Löhne, forcieren Sozialabbau, verarmen die öffentlichen Haushalte und zerstören die öffentliche Infrastruktur.

Auch in Deutschland wird nun, nach der Landtagswahl in NRW, auf eine rigide Sparpolitik eingestimmt. Gegen diese Politik müssen wir uns gemeinsam wehren.

Die Wähler in NRW haben der schwarzgelben Regierung eine Absage erteilt. Stellungnahmen von verschiedenen Organisationen und Personen zur Krise der Staatsfinanzen:

[http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/krise\\_staatsfinanzen/stellungnahmen.html](http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/krise_staatsfinanzen/stellungnahmen.html)

## **2. In diesem Sinne werden die Demonstrationen am 12. Juni in Stuttgart und Berlin immer mehr zu einem wichtigen Mobilisierungspunkt: Wir zahlen nicht für eure Krise! Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau**

Mehr und mehr Organisationen verknüpfen die Mobilisierung mit einer solidarischen Haltung zu Griechenland und der Forderung von Abgaben von den Banken und Reichen. Attac und DIE LINKE haben inzwischen mitgeteilt, dass sie zum 12. Juni in Stuttgart und Berlin mobilisieren. Attac mit einem eigenen Aufruf.

Mitteilung der LINKEN: [http://bit.ly/LINKE\\_2010-06-12](http://bit.ly/LINKE_2010-06-12)

Wenn Ihr den bundesweiten Aufruf unterzeichnen wollt oder überhaupt mit zur Demo aufrufen möchtet, teilt dies bitte an [info@kapitalismuskrise.org](mailto:info@kapitalismuskrise.org) mit.

Der bundesweite Aufruf und weitere Aufrufe zum 12. Juni:

[http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise\\_und\\_umgang/index.html#12juni10](http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise_und_umgang/index.html#12juni10)

Alle näheren Informationen zu den Demonstrationen am 12. Juni, unter anderem auch eine **Mitfahr- und Busbörse**, findet Ihr auf der Homepage <http://www.kapitalismuskrise.org>

Außerdem möchten wir noch einmal auf die weltweite Kampagne für eine **Finanztransaktionssteuer** hinweisen: <http://www.steuergegenarmut.de>

Wenn Ihr die Petition noch nicht unterzeichnet habt, **holt dies bitte nach und reicht die Information weiter**. Gerade im Zusammenhang mit den nun anstehenden Beschlüssen für die gewaltigen EU-Rettungspakete vertritt nicht nur die LINKE, sondern auch die SPD Positionen, dass ohne die Beteiligung der Banken an den Kosten nichts beschlossen werden solle.

## **3. 500 statt 359 Euro Eckregelsatz / 80 Euro mehr notwendig, alleine für gesunde Ernährung**

Auf dem 35. bundesweiten Treffen in Aschersleben (siehe Protokoll) haben wir über die verschiedenen Ebenen des Angriffs auf die Menschen mit niedrigen Einkommen in Deutschland gesprochen. Durch die Krise verschärft sich die Drohung von Kürzungen. Ebenso verschärfen krisenbedingte Massenentlassungen den Druck auf die Löhne. Alle Anwesenden waren einer Meinung, dass die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn die richtige Antwort ist, auf sämtliche Kampagnen von FDP, CDU/CSU, der Arbeitgeberverbände, aber auch der SPD.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro ist eine klare Absage an jegliche Beschäftigungsinstrumente für Erwerbslose, die nicht mit mindestens 10 Euro pro Stunde vergütet werden. Das wird auch immer aktueller, da derzeit erste Schritte zur Einführung von Bürgerarbeit versucht werden.

Wir können Euch berichten, dass ein sehr breites Bündnis von Erwerbslosengruppen, auch den gewerkschaftlichen, angesichts der bis zum Ende 2010 anstehenden Neufestsetzung der Regelsätze, bald eine breit angelegte Kampagne starten wird. Wichtiger Punkt: Im Eckregelsatz müssen **alleine für gesunde Ernährung 80 Euro mehr** enthalten sein. Die Verbreitung dieses Wissens kann einen weiteren Schub für die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz (<http://www.500-euro-eckregelsatz.de>) bewirken.

### **Wie kann die Arbeit für die Bündnisplattform intensiviert werden?**

Die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn liegt im ureigensten Interesse der Gewerkschaften. Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Antwort vom 28.10.09 bestätigt, dass sämtliche "Argumentationen nachvollziehbar" seien. Ihm fehlt aber der Mut zur politischen Durchsetzung. Es geht also um die politische Willensbildung innerhalb der Gewerkschaft. Bringt den Vorschlag, die Plattform zu unterzeichnen, in Eure Gewerkschaft vor Ort ein! Auch wenn Ihr selbst nicht in der Gewerkschaft sein solltet: Sprecht mit Gewerkschaftern vor Ort und schlagt ihnen vor, dass Ihre Gliederung die Plattform unterzeichnen sollte.

Ebenso sollte die Plattform von allen Organisationen, welche sich dem drohenden Sozialabbau und weiterem Lohndumping entschlossen entgegenstellen wollen, unterzeichnet werden: Sprecht die Vertreter der Sozialverbände vor Ort, auch die Vertreter der Tafeln an. Sie wissen, dass die Forderungen der Bündnisplattform sämtlich berechtigt sind und volle Unterstützung verdienen.

#### 4. Jobcenter-Reform

Mit Hilfe einer Änderung der Verfassung will die Bundesregierung die Beibehaltung und den Ausbau der Optionskommunen möglich machen. Die Teilnehmer des Treffens in Aschersleben waren sich aber – gemeinsam mit vielen Erwerbslosenorganisationen, die sich schon geäußert haben – einig, dass die Mischverwaltung samt und sonders abgeschafft werden solle und die Verwaltung der Erwerbslosen alleine durch die Bundesagentur mehr Rechtssicherheit schaffe. Im Anhang dieser Rundmail seht Ihr eine erste Stellungnahme, eine Zuarbeit im Auftrag der Versammlung von Peter Moser aus Zeitz.

#### 5. Bürgerarbeit

Die Bürgerarbeit ist ähnlich wie die Ein-Euro-Jobs ein Projekt, welches gesetzliche Mindestlöhne untergräbt. Anders als die Ein-Euro-Jobs sollen aber auch private Arbeitgeber davon profitieren. Beim Treffen in Aschersleben wurde vereinbart, dass das ABSP beharrlich gegen die Einführung der Bürgerarbeit kämpfen müsse. Im Windschatten der Jobcenter-Reform drohen sich schon die nächsten Schritte zur Einführung der Bürgerarbeit an. Zunächst sind Jugendliche und ältere Erwerbslose im Visier. Dies soll aber auf alle erweitert werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf zwei Auftritte der Arbeitsministerin.

- bei der Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung: [http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/weitere/2010-02-25\\_EJ2010\\_Auftakt-vd\\_Leyen.pdf](http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/weitere/2010-02-25_EJ2010_Auftakt-vd_Leyen.pdf)
- bei Menschen bei Maischberger am 27. April 10 sagte die Ministerin für Arbeit und Soziales, von der Leyen zum Thema Bürgerarbeit: *"Wenn die Arbeitsplätze nicht vorhanden sind, hat man ein anderes Problem, da gehts um Qualifizierung in eine andere Branche, oder - ich seh's ein - in strukturschwachen Regionen - ausgesprochen schwierig - da haben wir mit ganz anderen Themen zu kämpfen, da müssen wir Bürgerarbeit und solche Sachen machen. Es ist diese Haltung, die ich schon wichtig finde: Wenn wir uns bemühen, wenn die Arbeitsvermittlung sagt: 'Ich versuche Dir Angebote zu machen, und Du kriegst jeden Monat auch das Einkommen, die Warmmiete und den Lebensunterhalt.', dann muss das ein Vertrag auf Gegenseitigkeit sein, dass beide Seiten versuchen, dafür eine Leistung zu erbringen."*  
<http://mediathek.daserste.de/daserste/servlet/content/4279492?pagelId=487910&moduleId=311210&categoryId=&goto=&show=> (bei 54:30 min)

Von der Leyen gesteht also ein, dass Bürgerarbeit ein Instrument ist, um Arbeitgebern zu ermöglichen, arbeiten zu lassen, auch wenn sie nicht bereit sind, angemessene Löhne zu zahlen. Das wird den Druck auf die Löhne ganz allgemein verschärfen.

Gegen diese Bedrohungen gilt es die Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn zu stärken und zu verbreiten, damit sich breite gesellschaftliche Kräfte entschieden gegen Lohn- und Sozialdumping stellen.

#### 6. Nächstes bundesweites Treffen am 19. Juni in Göttingen

Das 36. bundesweite Treffen des ABSP wird wie auf dem Treffen in Aschersleben vereinbart am 19. Juni von 12-17 Uhr in Göttingen stattfinden. Ort: Veranstaltungssaal der Michaelisgemeinde. Eingang von der "Kurzen Straße" aus, gleich links neben der Katholischen Hochschulgemeinde (Kurze Straße 13, 37075 Göttingen).

Mit solidarischen Grüßen

Wolfram Altekrüger, Martina Dietze, Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Michael Maurer, Edgar Schu, Roland Klautke, Dieter Weider, Helmut Woda

#### **Koordinierungsstellen (Email-Adressen, „at“ bitte durch „@“ ersetzen):**

Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger at gmx.de (Sachsen-Anhalt); Martina Dietze, groeditz-md at gmx.de (Dresden); Michael Maurer, m.maurer2 at gmx.de (Brandenburg); Thomas Elstner, thomas\_elstner at web.de (Gera/Thüringen); Helmut Woda, Helmut.Woda at web.de (Karlsruhe); Teimour Khosravi teik1111 at gmx.de (Gießen/Mittelhessen); Dieter Weider, DieterWeider at mdcc-fun.de (Magdeburg/Sachsen-Anhalt); Roland Klautke, RolandKlautke at web.de (Berlin)

**Vernetzungsbüro:** Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, 0551 9964381 (Göttingen)

**Wissenschaftliche Beratung:** Peter Grottian, per Email über benedictugarte at aol.com, Tel.: 0171 8313314 (ruft gerne zurück)

**Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)**